

Petitionsbericht im Landtagsplenum

Ein Drittel aller Eingaben ist erfolgreich

Die Bürger Bayerns machen nach wie vor äußerst rege von ihrem Petitionsrecht Gebrauch. In der ersten Hälfte der laufenden Legislaturperiode erreichten die Volksvertretung genau 7469 Eingaben, berichtete der Vorsitzende des Ausschusses für Eingaben und Beschwerden, Alexander König (CSU), im Landtag. Die Anzahl der Petitionen bewege sich damit weiter auf „hohem Niveau“. In der vergangenen Wahlperiode waren insgesamt fast 14 500 Eingaben eingereicht worden.

Nach der Auflistung Königs wurden 30,2 Prozent der Eingaben mit einem für den Bürger positiven Ergebnis abgeschlossen. In den meisten Fällen habe sich bereits während des Petitionsverfahrens eine Lösung ergeben. In nur 1,7 Prozent der Fälle sei ein Berücksichtigungsbeschluss erforderlich gewesen, um dem Bürger zu seinem Recht zu verhelfen. Dagegen wurden über 55 Prozent der Eingaben für erledigt erklärt, weil das staatliche Handeln nicht zu beanstanden gewesen sei. In weiteren knapp 15 Prozent der Fälle wurden die Petitionen als unbegründet zurückgewiesen oder aus formalen Gründen nicht behandelt.

König sah im Petitionsgeschehen ein „Spiegelbild der Probleme, Nöte und Sorgen in unserer Gesellschaft“. Wegen der sinkenden Zahl von Bürgerkriegsflüchtlings im Land sei die Zahl der das Ausländerrecht betreffenden Eingaben deutlich zurückgegangen. Die zahlenmäßig meisten Eingaben gab es zum Baurecht, zum Strafvollzug

und zum Beamtendienstrecht. Aufgrund der Beratungen für eine Neufassung des Kindertagesstättengesetzes und wegen der schulpolitischen Reformen wiesen auch diese Themenbereiche überproportional viele Eingaben auf.

Neben den zahlreichen Fällen, bei denen Bürger geholfen werden konnte, verwies König aber auch auf Eingaben, „wo uns die Grenzen unserer Möglichkeiten drastisch vor Augen geführt wurden“.

Als Beispiel nannte er den Fall eines chinesischen Anhängers der Falun-Gong-Sekte, der aufgrund der Entscheidungen von Bundesbehörden nach China abgeschoben werden musste, um dort sofort im Arbeitslager zu verschwinden. Auch verwies König auf die positiven Beschlüsse zur Einrichtung eines „Tages der Franken“. Mit Blick auf die schleppend angelaufenen Vorbereitungen dazu meinte König: „Wir sind keine Fee, die drei Wünsche erfüllen kann“. Organisieren müssten den Tag die Petenten schon selbst.

Ausschussvize Joachim Werner (SPD) lobte das konstruktive Klima im Ausschuss. Er führte dies auf die geringere Zahl der Ausländerrechtsfälle zurück, die in der Vergangenheit oft für sehr kontroverse Debatten gesorgt hätten. Zudem hob positiv hervor, dass die Mehrheitsfraktion in diesen Fragen inzwischen „differenzierter argumentiert“, was erstmals in einen Berücksichtigungsbeschluss und mehrere Würdigungen von Petitionen gemündet sei.

Bedauerlich sei aber, dass sich die CSU weiterhin einer unabhän-

gigen Härtefallkommission verweigere, die besonderes strittige Fälle bearbeiten könne. Mit Blick auf die niedrige Berücksichtigungsquote forderte Werner die CSU auf, diese schärfste Waffe des Ausschusses im Sinne der Bürger öfter einzusetzen, da Würdigungen von der Verwaltung oft gar nicht oder nicht mit dem nötigen Nachdruck umgesetzt würden.

Wesentlich kritischer mit der Arbeit des Ausschusses setzte sich die Grünen-Abgeordnete Maria Scharfenberg auseinander. Für sie ist es ein Grundproblem, dass erstmals die Regierungsfraktion den Vorsitzenden des Gremiums stelle. Sie habe feststellen müssen, dass seitdem mki „zu viel hinter den Kulissen gemauschelt“ werde. „Die Ausschussmehrheit muss sich fragen, ob sie Teil eines unabhängigen Gremiums oder verlängerter Arm der Staatsregierung sein will“, sagte Scharfenberg. Zur „ritualisierten Beweihräucherung der Regierenden“ sei der Petitionsausschuss der falsche Ort.

Vor allem wenn es um Angelegenheiten von CSU-Amts- und Mandatsträgern sowie der CSU nahestehende Persönlichkeiten gehe, werde „berücksichtigt und positiv erledigt, dass einem die Augen übergehen“, so Scharfenberg. Sie forderte, die gesetzlich möglichen Spielräume bei der Bewertung von Petitionen für alle Bürger voll auszuschöpfen und bei der Entscheidung über die Abschiebung von Ausländern humanitäre Gründe stärker zu gewichten.

> JÜRGEN UMLAUFT